

INHALT

3.Tagung 5.Landesparteitag	1
Landesparteitag	2
Frauentag 2017	3
Bahnverbindung	4
Arbeitsmarktpolitik	5
Kreisgebietsreform	6
Aus der Arbeit des Bürgerbüros	7
Opfer des Nationalsozialismus	8
Ludwig Pappenheim	10
Nachruf	11
Termine	12

## Sozial. Gerecht. Für alle. DIE LINKE. Thüringen wählt Liste für Bundestagswahl



**Steffen Harzer**

**Mit einem überragendem Ergebnis von 95,7% ist er unser Kandidat im Wahlkreis 196 für die Bundestagswahl 2017.**

**Gehen wir es an!**

Auf Platz eins wählten die Vertreter\_innen die Innenexpertin Martina Renner. Es folgen in der Liste: Ralph Lenkert, Kersten Steinke, Frank Tempel, Sigrid Hupach, Steffen Harzer, Anke Hofmann-Domke, Ralf Kalich, Sandra Peschke, Arif Rüzgar, Bianka Wandersleb und Sebastian Bach.

Zum Ergebnis sagt unsere Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow „Wir schicken kompetente, erfahrene und engagierte Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen. Unser Ziel ist es, erneut mit fünf Abgeordneten im Bundestag für die Interessen der Menschen in Thüringen, eine soziale und linke Politik zu streiten.“ Auf dem Landesparteitag am 04.03.2017, wurden unter anderem die Wahlstrategie, politische Anträge und ein „Zukunftsprogramm für ein sozial gerechtes Thüringen“ diskutiert und beschlossen. Susanne sagte: „Wir brauchen massive Investitionen für für mehr Tariflöhne und gute Arbeit für die Beschäftigten, für gute Bildung für unsere Kinder, für bessere Mobilität für alle Menschen und bessere öffentliche Infrastruktur. Viel zu lange wurde die Gesellschaft kaputt gespart. Wir brauchen stattdessen einen handlungsfähigen Staat, der aktiv Gesellschaft gestaltet und ein gutes Leben für alle ermöglicht.“

### 3. Tagung 5.Landesparteitag Bad Langensalza

Mit dem Beschluss der 2. Tagung des 5. Landesparteitages zu Thesen zur Debatte des Bundestagswahlprogramm 2017 hat der Thüringer Landesverband im November 2016 einen eigenen Beitrag zur Stärkung des sozialistischen Profils der Partei DIE LINKE im Wahljahr 2017 geleistet. Die darin beschriebenen gesellschaftspolitischen Herausforderungen eines zunehmenden Rechtsrucks, der immer tiefgreifenderen Spaltung der Gesellschaft, zunehmender Unsicherheit und Zukunftsangst bilden auch weiterhin die Grundlage für das Auftreten unserer Partei im Wahljahr in Thüringen. Unsere Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow sagte in Bad Langensalza. „Wer reich ist, wird immer reicher; wer arm ist, hat kaum eine Chance, sich nach oben zu arbeiten.“ Dem gilt es entgegenzusteuern. Wir wollen bei der Bundestagswahl mit Umverteilung des Reichtums die Wähler überzeugen.

Am 24. September wird der neue Bundestag



Delegation unseres Kreisverbandes: v. l. Helga Greifelt, Sören Langenhan, Ilona Schaff, Hans-Peter Heller

gewählt. 2013 erzielte DIE LINKE. in Thüringen 23,4 Prozent der Stimmen und stellt derzeit fünf Abgeordnete in Berlin. In einer Umfrage kamen wir zuletzt auf 18 Prozent. Wir wollen im September das Ergebnis von 2013 „erreichen, steigern und unsere Position als zweitstärkste politische Kraft manifestieren“, heißt es nun zur Wahlstrategie. Es sei unwahrscheinlich, dass DIE LINKE. Thüringen wieder mit fünf Mandaten vertreten sein werde, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Steffen Dittes. „Wir kämpfen aber um die 23 Prozent und um vier Mandate der Linken im Bundestag.“ Deshalb will die Partei neben der üblichen Werbung

mit Plakaten, Anzeigen und Veranstaltungen in den kommenden Monaten verstärkt über Info-Stände, an Haustüren, in Kneipen und Gärten das direkte Gespräch mit den Bürgern suchen.

„Das Rennen für die Bundestagswahl ist wieder offen“, sagte Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn. „Den Wechsel gibt es nur mit uns, nur mit einer starken Linken.“ Als Ziele nannte er unter anderem, den Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen, Hartz IV durch eine Mindestsicherung ohne Sanktionen zu ersetzen, eine Mindestrente von 1.050 Euro und die Kürzung der Rüstungsausgaben um 20 Prozent. „Wir werden uns mit den wirklich Reichen und Vermögenden dieser Gesellschaft anlegen müssen“, betonte Susanne. Dass eine Regierungsbeteiligung der Linken einen Unterschied mache, zeige r2g in Thüringen. Ministerpräsident Bodo Ramelow sagte: „Ich werbe offensiv für Rot-Rot-Grün im Bund.“ Um Hartz IV zu überwinden, brauche es eine andere Mehrheit im Bundestag. Außerdem erhoffe er sich von einer linken Bundesregierung mehr Unterstützung etwa bei Programmen für Langzeitarbeitslose.

Überschattet wurde die 3. Tagung des 5. Landesparteitages von einem Streit um den Verfassungsschutz. In der Kritik stand, dass auch unter Rot-Rot-Grün in Thüringen Mitglieder der Partei unter Beobachtung standen oder stehen. In einem Flugblatt wurden Ramelow und seine Minister dafür scharf kritisiert. Ramelow zeigte sich verärgert über die Aktion. „Die Art und Weise sollten wir uns nicht antun. Das haben wir nicht nötig.“

# Frauentag 2017

In bewährter Tradition lud der Stadtvorstand der Linken Schmalkalden auch in diesem Jahr Genossinnen, Freundinnen und Sympathisanten am 9.

Heß und Christel Siegmund, die zwischendurch mit ihren gesellschaftskritischen, künstlerischen und



humorvollen Einlagen zum Gelingen der Frauentagsfeier beigetragen haben.

Ilona Schaff

März 2017 zu einer Feier anlässlich des Internationalen Frauentages in die Wohngebietsgaststätte „Walperloh“ ein. Unter den rund 30 anwesenden Frauen waren diesmal auch geflüchtete Frauen aus Syrien, Kroatien, Serbien und Tschetschenien mit Ihren Kindern.

Hans-Peter Heller, der stellvertretende Vorsitzende des Stadtvorstandes Schmalkalden, begrüßte die anwesenden Frauen herzlich und übergab dann das Wort an den Thüringer Landtagsabgeordneten und Kandidat für den 19. Deutschen Bundestag,

## Kapp-Putsch Gedenken

Steffen Harzer (MdL) durfte die Rede an das Gedenken der Gefallenen aus Mehlis, Suhl und Zella, an der Gedenkstätte auf dem alten Friedhof Mehlis, halten. Auch ein Stück gemeinsamer Geschichte der beiden Städte...



Fotos: Hans-Günther Weilepp

Steffen Harzer (DIE LINKE.), der als Ehrengast an der Veranstaltung teilnahm und über seine Arbeit im Thüringer Landtag berichtete.

Bei Tee, Kaffee und Kuchen feierten Alle gemeinsam einen Frauentag des Kennenlernens und der Integration.

Ein großes Dankeschön geht an Marlies Luck, Gina Kulawik, Edith Gerth, Jutta Hoffmann, Waltraud



# Bahnverbindung zwischen Schmalkalden und Erfurt

Wie der Presse zu entnehmen war, hat die Thür-



Foto: Thüringer Landtag

inger Landesregierung ihre ursprünglich geplante Reduzierung der Bahnverbindung zwischen der Südthüringer Hochschulstadt und der Landeshauptstadt überarbeitet. Für die Stadt Schmalkalden wie für die ganze Region ist dieser Schritt ein großer Erfolg, da nicht nur die bisherige Verbindung erhalten bleibt, sondern künftig auch eine Direktverbindung nach Erfurt bestehen wird.

Die zunächst geplante deutliche Reduzierung des Taktes ab 2017 stieß auch beim Südthüringer Landtagsabgeordneten Ronald Hande auf großen Widerstand. So wurde die angedachte Reduzierung auf der Schiene mit dem Bestehen einer parallel dazu verlaufenden Busverbindung begründet.

Gleichzeitig sollten wegen der guten Bahnver-

bindung weniger Busse fahren. Der Parlamentarier mit Büro in Schmalkalden befürchtete in diesem Hin und Her ein Abhängen der gesamten Region und machte sich daher dem Thüringer Infrastrukturministerium gegenüber nicht nur für den Status quo sondern auch für den seit längerem geplanten Ausbau der Verbindung stark. Zudem führte er auch persönliche Gespräche mit der Geschäftsführung der Erfurter Bahn GmbH.

„Das die Bemühungen nun doch noch Früchte getragen haben, freut mich sehr und ich danke sowohl Ministerin Keller wie auch Erfurter Bahn Geschäftsführer Hecht für die Einigung.“ betont Hande.

Geht es nach Hande, so gilt es nun, den Nahverkehrsplan des Landkreises im Auge zu behalten. Ein 1. Entwurf, worin die Busverbindung zwischen Schmalkalden und Suhl deutlich eingedampft werden sollte, lag ihm bereits vor. Auch hier intervenierte Hande mit Erfolg wie sich zeigte, denn nun soll auch eine Busfahrt von Schmalkalden nach Suhl möglich sein. Zwar mit Umstieg in Steinbach-Hallenberg, aber immerhin. Der überarbeitete Nahverkehrsplan regelt den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis und muss noch vom Kreistag beschlossen werden. Hande zeigt sich jedenfalls zufrieden und versichert weiterhin für eine allgemein bessere Verkehrsanbindung Schmalkaldens zu arbeiten.

## Fragwürdiger CDU-Antrag zur Windenergie

Die heutige Plenardebatte hatte es wieder mal in sich: „Die CDU-Fraktion führt mit ihrem Antrag zum Einsatz von Windenergie in Thüringen ihre fragwürdige Strategie aus den zurückliegenden Jahren fort. Damit stellt sie sich klar gegen die Bundes-CDU, die sich seit Jahren als Regierungspartei massiv für den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzt.“

Aber auch in den inhaltlichen Details handele es sich um einen sehr fragwürdigen Antrag. „So möchte die CDU den Privilegierungstatbestand im Baugesetzbuch streichen, was dazu führen würde, dass Windenergieanlagen entweder im Innenbereich (Wohn-, Misch- und Gewerbegebiete) oder aber überhaupt nicht mehr gebaut werden könnten. Sie unterschlägt aber auch, dass von den aktuell vor-



Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Fortsetzung S.5

handenen Windenergieanlagen die große Mehrzahl in ihrer Amtszeit als Regierungspartei errichtet wurde. Das betrifft auch die ersten Erneuerbaren-Energien-Gesetze auf Bundesebene sowie den Atomausstieg und die Ausbaupläne für erneuerbare Energien bundesweit“, so der LINKE Energiepolitiker weiter. Wie die Fachhochschule Nordhausen festgestellt habe, müssten entsprechend der Bundespläne in Thüringen 1,2 Prozent der Landesfläche für Windkraft und 0,8 Prozent für Photovoltaik zur Verfügung gestellt werden. „Da dies aber nicht den energiepolitischen Zielen im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün entspricht, ist auch klar gestellt, dass eben gerade nicht der Ausbau der Windenergie, wie von der CDU behauptet, im Mittelpunkt der Thüringer Energiepolitik steht. Vielmehr ist das langfristige Ziel ein Mix aus erneuerbaren Energien in Verbindung mit Energieeffizienz“!!!

## Zu den arbeitsmarktpolitischen Reformvorschlägen des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz äußert sich Ina Leukefeld



Das Argument von CDU/CSU und Arbeitgeberverbänden, dass eine längere Bezugsdauer von ALG I eine schnelle Wiederaufnahme von Arbeit erschwere, ist nicht stichhaltig. Die meisten Betroffenen würden lieber gutes Geld durch Arbeit verdienen. Ältere Menschen haben deutlich geringere Chancen auf einen Wiedereinstieg, deshalb wäre ein längerer Bezug aus der Arbeitslosenversicherung statt steuerfinanzierten Arbeitslosengeld II auf niedrigem Niveau schlichtweg besser. Auch die Ankündigung von Schulz, als Bundeskanzler die „sachgrundlose Befristung“ von Arbeitsverhältnissen abschaffen zu wollen, ist seit langem eine Forderung der LINKEN. Wer könnte etwas dagegen haben. Deshalb unterstütze ich das, habe aber meine Zweifel, denn der Öffentliche Dienst ist z.B. einer der Arbeitgeber, der die meisten sachgrundlosen Befristungen hat. Der müsste und könnte ja sofort mit gutem Beispiel vorangehen. Die SPD regiert ja schließlich mit und hätte außerdem schon heute im Bundestag eine Mehrheit Mitte/ Links.

Gegenwärtig wird viel darüber diskutiert, ob die Reformvorschläge von Schulz eine Abkehr von der Agenda 2010 Politik bedeuten oder ob sie Wahlkampfgetöse sind. Sicher sind die Vorschläge vom Ansatz her sinnvoll, aber sie sind nicht ausgereift und höchst unvollkommen. Die gesamte Agenda 2010 gehört auf den

Prüfstand, alles, was Menschen in unverschuldete Armut stößt, was ihnen die Würde nimmt, was sie an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hindert, gehört abgeschafft. Dieses unser Land kann sich Kinderarmut ebenso wenig leisten wie Altersarmut! Die Agenda 2010 hat aber gerade diese schlimmen sozialen Ungerechtigkeiten rasant verschärft und die soziale Spaltung vertieft.

Es bleibt abzuwarten, was die SPD tatsächlich macht, wie sie ihre Forderungen weiter ausarbeitet und wie und mit wem sie die richtigen Forderungen umsetzen kann und will. Davon habe ich bisher noch nichts gehört.

# Kreisgebietsreform in Südwestthüringen

Die geplante Gesprächsrunde der Bürgermeister der Region Schmalkalden-Meiningen und Wartburgkreis (siehe FW v. 24.02.2017) wird von den linken Landtagsabgeordneten der Region Anja Müller, Steffen Harzer und Ronald Hande begrüßt. Für sie ist dies ein richtiger und wichtiger Schritt der Verwaltungschefs die Freiwilligkeitsphase im Rahmen der anstehenden Gebietsreform für ihre jeweiligen Kommunen zu nutzen.

Den Gedanken die beiden Landkreise gemeinsam mit der Stadt Eisenach zu fusionieren, sehen die



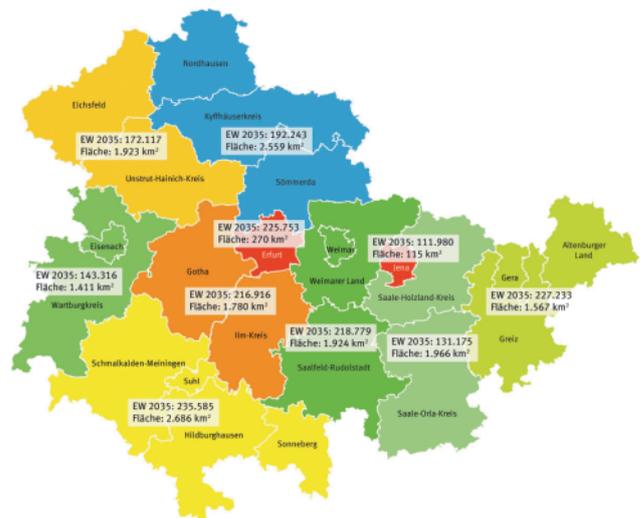
drei Parlamentarier jedoch kritisch. „Für den Raum Südwestthüringen ist eine Gebietsstruktur mit dem Zentrum Suhl/Zella-Mehlis in Form einer großen kreisangehörigen Stadt entscheidend.“ hebt Ronald Hande hervor. „Ein Zusammenschluss von Wartburgkreis und Schmalkalden-Meiningen mit Eisenach schafft keine bessere Lösung für den gesamten Raum südlich des Rennsteigs.“ so Hande weiter. Die Verflechtungen der Region Schmalkalden gingen außerdem nach allen Seiten, wie auch am Beispiel der Rhön-Rennsteigsparkasse festzustellen ist.

Ebenso sieht es der Meininger Abgeordnete und frühere Bürgermeister von Hildburghausen Steffen Harzer. „Die Region Hildburghausen und Sonneberg würde bei dieser vorgeschlagenen Variante abgehängt.“ so Harzer. „Der Vorschlag der Landesregierung ist durchdacht und Meiningen könnte darin Kreisstadt bleiben mit Verwaltungssitzen in den früheren Kreisstädten.“ Zudem sei eine Gebietskulisse mit zwei Theaterstandorten auf Dauer wohl schwer zu halten.

Die Frage, ob einzelne Kommunen zum Maßstab einer Kreisgebietsreform gemacht werden sollten, liegt in den Regelungen des Landesentwicklungsplans sowie des Vorschaltgesetzes und muss den Interessen der Menschen in ganz Thüringen entsprechen.

Unabhängig davon können einzelnen Kommunen auch über bestehende Kreisgrenzen hinweg neue Gebilde schaffen. „Mit den Möglichkeiten der Freiwilligkeit kann auch eine Lösung im Sinne einer Thüringer Rhön geschaffen werden.“ betont Anja Müller. Für die Abgeordnete aus dem Raum Bad Salzungen könnte die Verwaltungsgemeinschaft „Hohe Rhön“ in den Wartburgkreis wechseln. Gleiches gilt für die Stadt Breitungen. „Das Vorschaltgesetz bietet diese Möglichkeit und die Kommunen der Rhön sollten diese im Sinne einer vereinten Thüringer Rhön nutzen.“ so Müller weiter. Der Stand von Bad Salzungen als Kreisstadt wäre in einer Konstellation Wartburgkreis-Schmalkalden-Meiningen eher unwahrscheinlich.

Die drei linken Landespolitiker sehen in dem neuen Vorschlag zwar einen im Einzelfall nachvollziehbaren Gedanken, jedoch keine dauerhaft tragfähige Lösung für den gesamten Raum Südwestthüringen.



Quelle: TLS

# Aus der Arbeit des Bürgerbüros

## (1) - Tag der Geldzuwendungen - auch an den KVB

Termine häufen sich regelmäßig. Es ist allerdings eher selten, dass die Termine dann alle so positiv sind. Der 21.02.2017 war so ein Tag. Aus den vielen kleineren guten Entwicklungen stechen jedoch zwei besonders positiv hervor. So konnte ich am Vormittag in meinem Bürgerbüro in Schmalkalden eine **Geldzuwendung von 700 Euro übergeben**. Empfängerin war hier eine alleinerziehende Mutter mehrerer Kinder die trotz Arbeit in einer schwierigen finanziellen Situation steckt. Ich machte mich im Landtag für die Familie stark und bekam die Mittel aus dem für solche Zwecke aufgelegten Härtefallfond.

Am Abend war ich dann kurz vor dem Karneval beim Training der großen Nachwuchsgarde des KVB im Benschhäuser Tanzhaus. Das war beeindruckend und unterhaltsam zugleich und macht mich neugierig auf die kommenden Auftritte.

In diesem Rahmen überreichte ich einen Scheck über 400 Euro der Alternative 54 e.V. - einem Verein von linken Landtagsabgeordneten die den größten Teil ihre Diätenerhöhungen über diesen Verein an andere Vereine und Projekte ausreichen. Seit Bestehen dieses Vereins, in welchem auch ich Mitglied bin, konnten so über 1,1 Millionen Euro ausgezahlt werden. Nach den Worten des KVB-Vorsitzenden Tino Mann werden die 400 Euro in das nächste Trainingslager der Nachwuchsgarde fließen.

## (2) - Eine Aufgabe weniger

Auch wenn die Überschrift vielleicht positiv klingt, die Aufgabe des Fraktionsvorsitzes ist mir nicht leicht gefallen. Vor reichlich 2 Jahren habe ich diese Aufgabe übernommen und versucht, alle Interessen unter einen Hut zu bringen und dabei inhaltlich im Landkreis Schmalkalden-Meiningen etwas zu bewegen.

Diese Aufgabe hat Spaß gemacht und ein Stück weit konnte ich meine Ziele umsetzen. Aber, es erfordert eine Menge Zeit. Und mit der Übernahme des Bürgermeisteramtes und der Wahl in den Thüringer Landtag ist diese Zeit drastisch geschrumpft. Von etwas Zeit für die Familie rede ich ja schon nicht mehr.

Daher muß man sich auch mal von Aufgaben trennen. Es ist in der Politik ohnehin ein Problem, dass viele Menschen aus Prinzip und Gewohnheit an ihrem Stuhl kleben. Das ist nicht mein Stil und nicht mein Anspruch.

Daher bin ich ab sofort nicht mehr der Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag sondern eines ihrer Mitglieder.

## (3) - "Der rasende Ronald" - auch 2017 in Thüringen unterwegs

Der erste Satz in 2017 den ich hier schreibe soll natürlich die Wünsche für ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr zum Ausdruck bringen. Wie heißt es so schön: Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.

Zum Jahresbeginn bewerte ich auch immer, was und wie im zurückliegenden Jahr gelaufen ist. Dabei ist mir (nicht nur beim Blick auf den Tacho meines Autos) aufgefallen: Ich war ganz schön unterwegs.

So war ich in höchst offizieller Funktion für den Petitionsausschuss des Landtages zu fünf Vor-Ort-Terminen. Solche Termine sind eigentlich eine Besonderheit bzw. Ausnahme in der Ausschussarbeit und werden nur durch manche Abgeordnete durchgeführt, wenn die „Papierlage“ unklar oder nicht befriedigend ist und sich die Abgeordneten selbst ein Bild machen wollen.

In diesem Zusammenhang war ich 2016 in Schmalkalden und habe mich um die Lärmbelästigung an einer Brücke gekümmert sowie in Mengersgereuth-

Hämmern wo ein Petent die Strasse vor seinem Haus beanstandete. Weiterhin konnten mir Vertreter einer BI in Oberweissbach/OT Lichtenhain zeigen wie unsinnig der dortige Zweckverband eine Abwasserleitung bauen will. Dann war da noch ein umstrittener und blockierter öffentlicher Weg in Rauschwitz und schließlich eine strittige Grundstücksvermessung in Wolfmannshausen im Grabfeld.

Das Beste an den vielen Fahrten durch Thüringen ist die Tatsache, in vielen Fällen tatsächlich helfen zu können. Mit diesen Erfahrungen und Erlebnissen aus dem vergangenen Jahr möchte ich 2017 noch mehr unterwegs sein. Also direkt das Gespräch suchen und mich bemühen bei den verschiedensten Anliegen zu helfen. Gern soll dieser Vorsatz als Einladung verstanden werden, mit mir in Kontakt zu treten und einfach zu sagen, wo es klemmt bzw. Probleme gibt.

Immerhin soll das Jahr 2017 für uns alle ein gutes Jahr werden!

# Rede zum "Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus"

Ich freue mich, dass Sie Zeit gefunden haben in unseren ehrwürdigen Rathaussaal zu kommen um gemeinsam den heutigen Gedenktag zu begehen.

Am 27.01.1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und die beiden anderen Konzentrationslager in Auschwitz von den sowjetischen Truppen befreit. Dem millionenfachen Tod wurde in Teilen Einhalt geboten. Bis zu 1,5 Mio Menschen, darunter 90% Juden wurden bis Ende 1944 dort umgebracht. Der Krieg in Europa war noch nicht zu Ende und es gab noch andere furchtbare Lager wo Menschen weiter ermordet und gequält wurden.

Es ist ein bleibendes Verdienst des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog

dieses Ereignis 1996 als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ in Deutschland proklamiert zu haben. Im Bundesgesetzblatt von 1996 kann man wörtlich nachlesen:

Proklamation des Bundespräsidenten vom 3. Januar 1996

1995 jährte sich zum 50. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In diesem Jahr haben wir uns in besonderer Weise der Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes erinnert und der Millionen Menschen gedacht, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden. Symbolhaft für diesen Terror steht das Konzentrationslager Auschwitz, das am 27. Januar 1945 befreit wurde und in dem vor allem solche Menschen litten, die der Nationalsozialismus planmäßig ermordete oder noch vernichten wollte. Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.

Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken. Ich erkläre den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Berlin, den 3. Januar 1996

Seit dieser Proklamation finden in Deutschland und auch in aller Welt Gedenkveranstaltungen in welcher Form auch immer statt, wird die Erinnerung an die Verbrechen wachgehalten. Es ist auch in Schmalkalden eine gute Tradition an diesen Tag zu erinnern.

Heute möchte ich In diesem Zusammenhang über ein wichtiges Ereignis sprechen, dass sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährt. Ich meine die „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942. Diesen Tag, diese Konferenz kann man als das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte betrachten. 15 hochrangige Vertreter aus den wichtigsten Strukturen des faschistischen Machtapparates kamen am idyllischen Wannsee in einer Villa zusammen um den Holocaust an den Juden, also deren Vernichtung in ihrem Herrschaftsbereich Europas zu planen. Darunter waren, um nur einige Verbrecher zu nennen:

SS-Obergruppenführer Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes als Hauptredner und Vorsitzender der Konferenz; SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann als Protokollant und im späteren als „Leiter des Eichmannreferats“ zentral mitverantwortlich für die Ermordung von sechs Millionen Menschen; Roland Freisler Staatssekretär im Reichsjustizministerium, seit August 1942 Präsident des Volksgerichtshofes

Aus dem Protokoll dieser Konferenz werden die Perversität und das Verbrecherische des Faschismus deutlich. Der Holocaust begann bereits früher, denn mit Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion 1941 begann gleichzeitig die massenhafte Ermordung der Juden durch die Sondereinsatzgruppen der SS. Bekannt sind solche Orte wie Babyn Jar in der Ukraine, wo an wenigen Tagen 33 tausend jüdische Kinder, Frauen, Männer und Greise erschossen und verscharrt wurden.

Fortsetzung S.9



Fortsetzung von S.8

Aber auf dieser Konferenz wurde die Vernichtung von 11 Millionen jüdischer Menschen in Europa beschlossen. Das geht aus der peniblen Aufstellung der jüdischen Bevölkerung in den einzelnen Ländern und Gebieten hervor. Im Protokoll ist nachzulesen:

„Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die in Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von Bedeutung sind. Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht.“ Und weiter:

„Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifelsfrei ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Bestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neues jüdischen Aufbaues anzusprechen ist (siehe die Erfahrung der Geschichte). Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt.“

Man vermeidet öffentlich die Begriffe, Ausrottung, Vernichtung, Ermordung aber dieser Konferenz folgten Taten mit den bekannten schrecklichen Ergebnissen. Das Morden hörte erst auf, als das faschistische Deutschland kapitulierte.

Ich meine wir sollten uns dieser Geschichte immer bewusst sein, und wir dürfen dies nicht vergessen. Oftmals höre ich bei Diskussionen - irgendwann muss auch mal Schluss sein mit dieser Geschichtsdebatte. Es war eine andere Generation. Wir sind dafür nicht verantwortlich und es gibt ja dringendere Probleme. Ja wir sind dafür nicht verantwortlich. Aber unsere Verantwortung besteht darin, alles dafür zu tun, dass sich solche Ereignisse auch nur ansatzweise nicht wiederholen. Wir sieht denn die heute Realität nach 72 Jahren aus? Ewig Gestrige oder deren Nachfolger regen sich schon wieder. Und das immer offener. Der Thüringen-Monitor spricht von etwa 20% der Bevölkerung, die rechts-extreme Positionen einnimmt. Der Ruf: „ Wir sind das Volk“ hat an mach einem Ort einen anderen

Hintergrund bekommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das kürzlich zu Ende gegangene Verbotverfahren der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht eingehen. Ich bedauere die Entscheidung und die Begründung des Gerichtes. Die Partei ist verfassungsfeindlich aber zu unbedeutend, um sie zu verbieten. Mich erschreckt die Blindheit der Justiz auf dem rechten Auge. Faschismus ist damit wählbar geblieben und staatlich finanziert. Ich erinnere an das Verbot der KPD 1956, an die Berufsverbotspraxis in der BRD in den 70-iger Jahre. Da war man nicht so zimperlich. Ein Verbot wäre auch ein Zeichen an die AFD gewesen Nazis keine Plattform zu bieten.

Ein Skandal die Dresdener Rede des Herrn Höcke am 17.Januar. "Wir Deutschen sind das einzige Volk, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat". Da kann er sich im nach hinein falsch verstanden fühlen, aber im gleichen Atemzug fordert er ein Ende der „dämlichen Bewältigungspolitik“, und eine "erinnerungspolitische Wende um 180 Grad".

Die bekannte Rede von Richard von Weizäcker bezeichnete er als eine Rede gegen das deutsche Volk. Dieser Mann sitzt im Thüringer Landtag und führt die AFD Fraktion.

Jakob Augstein hat kürzlich eine Kolumne im Spiegel veröffentlicht aus der ich jetzt zitiere:

„Björn Höcke ist ein Nazi. Und in Dresden jubelt ihm ein Saal zu. Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs hält ein Nazi eine Nazireden und andere Nazis jubeln. Was ist die AfD? Sie ist eine Partei, die Nazis eine politische Heimat bietet.“ Zitat Ende.

Er sagt nicht, dass die AfD eine nazistische Partei ist. Mit ihrem jetzigen Einfluss ist diese Partei aber viel gefährlicher als die NPD. Und es ist auch nur folgerichtig, dass Höcke von der Gedenkveranstaltung heute im Landtag und in der Gedenkstätte Buchenwald ausgeladen wurde.

Ich habe mich gefreut, als ich gestern die Zeitung aufschlug und die gemeinsame Aktion der Linken, der Grünen, der SPD und der CDU im Thüringer Landtag sah. Die Abgeordneten hielten Plakate hoch, die zusammengesetzt das Holocaust Denkmal in Berlin symbolisierten und sich damit von Höcke distanzieren.

Den Kampf gegen solche Erscheinungen, den Rechtsruck kann man nicht den Gerichten allein überlassen.

Deshalb finde es gut, dass es in dieser Frage zwischen den demokratischen Parteien trotz aller anderen Differenzen einen gewissen Konsens gibt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Klaus-Dieter Kaiser

# Ludwig Pappenheim zum 130. Geburtstag



Ludwig Pappenheim

Am 17.03.1887 wurde Ludwig in der jüdischen Kaufmannsfamilie Pappenheim in Eschwege geboren. Nach dem Realschulabschluss ging er nach Hamburg in die kaufmännische Lehre, die er erfolgreich abschloss. In der Hansestadt Hamburg trat er am 1. Januar 1905 der SPD bei, ging zurück nach Eschwege und wurde in seinem Wahl- und Heimatkreis Eschwege, Witzenhausen,

Schmalkalden politisch aktiv. Auf einer Wahlkundgebung zu den Reichstagswahlen 1912 sprach Ludwig Pappenheim in Vertretung des Bezirkssekretärs und seines Freundes Georg Thöne auf einer Wahlkundgebung im Bürgersaal Schmalkalden. Mit Thöne kam erstmals ein Sozialdemokrat aus diesem Wahlkreis direkt in den Reichstag.

Ludwig Pappenheim hasste den Krieg und musste trotzdem vier Jahre an die Ostfront. In einem von ihm mit anderen Kameraden an der Front 1918 herausgegebenen Flugblatt mit der Überschrift „Kameraden erwacht!“ heißt es:

„Die Erde scheint nichts weiter als ein riesengroßer Mordplatz! Alle Schuld an dem rasenden Völkermorden trägt das System der kapitalistischen Ausbeutung der Massen durch eine Minderheit Kapitalbeherrscher ...“

Während der Novemberrevolution wurde über Schmalkalden der Belagerungszustand verhängt, Pappenheim verhaftet und unter dem Vorwand des Landfriedensbruches vorübergehend im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden inhaftiert. 1919 gründete er mit Genossinnen und Genossen der SPD die Zeitung „Die Volksstimme“, deren Chefredakteur er wurde. Er beteiligte sich an der Niederschlagung des Kapp - Putsches im Jahre 1920 und unterstützte im Herbst 1921 die 900 streikenden Metallarbeiter in Schmalkalden. Am 22.10.1922 wurde er zum Kreisvorsitzenden der SPD und am 30.8.1925 zum Landtagsabgeordneten des Provinzial - Landtages der Provinz Hessen - Nassau und in den Kommunal- landtag des Regierungsbezirkes Kassel gewählt. Ab 1929 war er unbesoldeter Beigeordneter des Schmalkalder Magistrats, stellvertretender Landrat und Mitglied in mehreren städtischen Deputationen und Kommissionen.

In der Arbeiterschaft war Ludwig Pappenheim

beliebt, da er sich stets für sie einsetzte. Die Nazis, in Thüringen seit 1932 an der Macht, hatten ihn zu ihrem Feind erklärt. Unter Missachtung seiner Immunität als SPD-Landtagsabgeordneter und stellvertretender Landrat von Schmalkalden wurde er bereits am 25. März 1933 – nur zwei Tage nach Erlass des sogenannten „Ermächtigungsgesetzes“ – von der SA in „Schutzhaft“ genommen.

Pappenheim war am 5. März 1933 erneut in den hessischen Landtag gewählt worden. Erst im Konzentrationslager erreichte ihn die Nachricht, dass seine Wahl von den Nazis für ungültig erklärt wurde. Da die „Schutzhaft“ Pappenheims wegen eines „versteckt angelegten Waffenlagers“ ebenso absurd wie lächerlich war, wurde er wegen „Gotteslästerung“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die er im Gefängnis in Suhl verbüßte. Am Entlassungstag am 27. Juli 1933 erlangte er nicht die Freiheit. Wie vielen anderen Antifaschisten erteilte man ihm beim Verlassen des Gefängnisses den „Schutzhaftbefehl“. Seine Odyssee begann im Kasseler Polizeigefängnis. Von dort kam er in das KZ Breitenau und am 16. Oktober 1933 wurde er in das KZ Börgermoor, Lager 5, Baracke 7, Außenlager Neusustrum verbracht. In diesem Lager wurde er am 4. Januar 1934 „auf der Flucht“ erschossen. Zwei Meldungen dazu: Erklärung der KZ-Lagerleitung in einer Tageszeitung des Emslandes:

„Auf der Flucht erschossen. Pappenburg. Das frühere langjährige sozialdemokratische Mitglied des Kasseler Kommunal- landtages und Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Schmalkalden L. Pappenheim, der sich in einem KZ an der holländischen Grenze befand, ist dort bei einem Fluchtversuch erschossen worden.“

In einer anderen Quelle heißt es:

„... im KZ wurde P. mißhandelt und verhöhnt, dann kam er in den Bunker ... Er sollte einen Abschieds-brief an seine Familie schreiben. Jede Nacht wurde er verprügelt. Am 03.01.1934 brach er beim Appell zusammen. Am 04.01.1934 wurde er auf der Flucht erschossen. Der SS - Mann Johann Siems rühmte später seinen „Meisterschuß“, der gegen 11.30 Uhr erfolgte.“

Seine Frau Frieda war nun alleinstehend und hatte für ihre Tochter Erna sowie für die Kinder aus der Ehe mit Ludwig Ruth (9), Günter (8) und Kurt (6) Jahre alt zu sorgen. Die Familie war geächtet und ständigen Schikanen der Nazis ausgesetzt. Kurt Pappenheim schrieb in seinen Erinnerungen:

„Allein auf uns gestellt, hätten wir die Drangsal der Nazizeit nicht durchstehen können. In dieser Zeit haben wir vielfach Hilfe und Solidarität erfahren ... überbrachte Sach-, Lebensmittel- und Geldspenden ermöglichten das Überleben der Familie ...“.

Fortsetzung S.11

Fortsetzung von S.10

Günter Pappenheim hatte am Nationalfeiertag der Franzosen am 14. Juli 1943 den französischen kriegsgefangenen Zwangsarbeitern in der Werkzeugfabrik „Gebrüder Heller“, Schmalkalden, auf seiner Ziehharmonika ihre Nationalhymne gespielt. Denunziert, kam er wegen „staatsfeindlicher Einstellung“ in das Arbeitserziehungslager „Großer Gleichberg“ bei Römhild, später in das KZ Buchenwald, wo er am 11. April 1945 die Selbstbefreiung erlebte. Er ist heute Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald–Dora und Kommandos sowie Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora. Am 27. Januar 2017 erhielt er auf Erlass des Präsidenten der Französischen Republik die Insignien eines Kommandeurs der Ehrenlegion, die ranghöchste staatliche Auszeichnung Frankreichs.

Kurt Pappenheim wurde noch im Oktober 1944 in das Zwangsarbeitslager Weißenfels/Halle eingewiesen. Er überlebte das faschistische Regime. Seit Jahrzehnten ist er als Zeitzeuge unermüdlich tätig und geachteter Gesprächspartner bei Jugendlichen und Studenten.

Nach der Befreiung vom Faschismus 1945 beschloss die Thüringer Landesregierung, den Ort Kleinschmalkalden in „Pappenheim“ umzubenennen.

Nach 1990 wurde der Ort nach einer initiierten Volksbefragung wieder in Kleinschmalkalden umbenannt. 1987 erhielt eine Schule in Schmalkalden den Namen des ermordeten Antifaschisten Ludwig Pappenheim. Der Schulname wurde nach 1990 stillschweigend getilgt. Neben den Gedenksteinen auf dem Friedhof Eichelbach in Schmalkalden und im Ort Kleinschmalkalden wurde zum 110. Geburtstag von Ludwig Pappenheim 1997 in Trusetal ein Platz nach ihm benannt und ein neuer Gedenkstein eingeweiht. Am 21. Juni 2011 wurde vor dem ehemaligen Standort des Elternhauses in Eschwege und am 9. November 2011 vor dem ehemaligen Sitz der Redaktion der sozialdemokratischen Partei „Die Volksstimme“ in Schmalkalden für Ludwig Pappenheim ein Stolperstein verlegt.

Literaturhinweis:

König, York-Egbert/Krause-Vilmar, Dietfried/Simon, Ute: Ludwig Pappenheim. Redakteur - Sozialdemokrat - Menschenfreund. Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin 2014. Erschienen in der Reihe Jüdische Miniaturen des Centrum Judaicum.

Elke Pudszuhn

## Nachruf

Wir trauern um unseren Freund und Genossen Fritz Eckardt, der am 19.01.2017 kurz vor seinem 79. Geburtstag verstorben ist.

Obwohl Fritz in einer kinderreichen Familie aufwuchs, konnte er in der DDR eine beachtliche berufliche Ausbildung erlangen. Als Diplomingenieur für Geologie war er beim Rat des Bezirkes in Suhl jahrzehntelang in verantwortungsvoller Position. Auch in seiner Heimatgemeinde Jüchsen war seine Meinung als Gemeinderatsmitglied immer gefragt.

Nach 1989 gehörte Fritz zu dem kleinen Kreis derer, die ihren Grundüberzeugungen treugeblieben sind. Er engagierte sich bis zu seinem Tod für DIE LINKE., dafür vielen Dank. Wir werden ihn als aktiven Mitstreiter immer in Erinnerung behalten.

Seiner Familie sprechen wir unser tiefes Mitgefühl aus.

Basisorganisation DIE LINKE.  
Grabfeld

**Journalismus ist kein  
Verbrechen!**  
**Auch wir zeigen uns solidarisch  
mit Deniz Yücel und allen  
politischen Gefangenen!**  
**#freedeniz**



Fenster der Geschäftsstelle in Meiningen

**Im I.Quartal gartulieren wir:**

4.4. zum 81. Waldemar Otto, Neubrunn  
 5.4. zum 91. Christel Göbel, Schmalkalden  
 6.4. zum 76. Ralf Gundlach, Zella-Mehlis  
 12.4. zum 93. Ursula Schönecker, Schmalkalden  
 17.4. zum 73. Rainer Ganz, Grabfeld  
 19.4. zum 80. Ludmilla Eckardt, Untermaßfeld  
 21.4. zum 65. Peter Fickel, Rhönblick  
 27.4. zum 86. Lucie Griesbach, Meiningen  
 29.4. zum 71. Rolf Danz, Erbenhausen  
 29.4. zum 75. Gerhard Hoffmann, Schmalkalden  
 1.5. zum 73. Helga Beer, Zella-Mehlis  
 18.5. zum 76. Rolf Eitzert, Schmalkalden  
 22.5. zum 92. Ida Frank, Floh-Seligenthal  
 23.5. zum 83. Ingeborg Hergert, Einhausen  
 25.5. zum 84. Günter Anschütz, Zella-Mehlis  
 26.5. zum 70. Heinz Daßler, Zella-Mehlis  
 28.5. zum 60. Gisela Kürschner, Schmalkalden

2.6. zum 84. Annerose Göpfert, Neubrunn  
 2.6. zum 78. Gerhard Rückert, Melpers  
 3.6. zum 82. Ulrich Beck, Schmalkalden  
 13.6. zum 88. Arno Müller, Meiningen  
 14.6. zum 79. Sieglinde Rübsam, Meiningen  
 16.6. zum 82. Ruth Kusch, Zella-Mehlis  
 17.6. zum 55. Frank Schaffenberger, Benshausen  
 20.6. zum 88. Karl Jaklin, Springstille  
 22.6. zum 60. Anette Fleischer, Rippershausen  
 23.6. zum 91. Annemargret Keller, Meiningen

## Termine:

### Stadtmitgliederversammlung Schmalkalden

28. März 2017  
 15:00 – 17:00 Uhr  
 Schmalkalden, Gaststätte „Walperloh“, Allendestraße 24

### Marktfest der Hildburghäuser Linken!

7. Mai 2017  
 13:00 – 17:30 Uhr  
 Hildburghausen, Markt

### 2. Tagung des 5. Parteitages

10. bis 11. Juni 2017  
 Hannover

### Thüringen Rockt!

16. Juni 2017  
 16:00 – 20:00 Uhr  
 Erfurt, Messe, Gothaer Straße 34



## Wir trauern um:

Fritz Eckardt, Grabfeld  
 Lothar Jung, Schmalkalden  
 Gerhard Laudien, Zella-Mehlis  
 Alfons Luck, Brotterode-Trusetal  
 Alfred Reformat, Schmalkalden

### Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung  
 von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)  
 Tel. (03693) 8853531  
 rgeschaefsstelle@die-linke-schmalkalden-  
 meiningen.de

[www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de](http://www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de)

### Konto:

IBAN: DE04 8405 0000 1706 0135 46  
 BIC: HELADEF1RRS

Bitte nur noch dieses Konto verwenden!

### Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle  
 Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr  
 Mittwoch 17:30-19:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Steffen Harzer (MdL)  
 Eleonorenstraße 10  
 98617 Meiningen  
 Tel.: (03693) 8853530  
 Montag bis Freitag 09:00 - 17:00 Uhr

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)  
 Hoffnung 11  
 98574 Schmalkalden  
 Tel.: (03683) 4899927  
 Montag, Mittwoch  
 09:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr  
 Donnerstag  
 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 16:00 Uhr  
 Freitag  
 09:00 - 12:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Ina Leukefeld (MdL)  
 Rüssenstraße 19  
 98527 Suhl  
 Tel.: (03681) 728562

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge  
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der  
 Verfasser die alleinige Verantwortung.  
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der  
 Redaktion.